

Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr, Bau und
Stadtentwicklung

Klaus Lippold, MdB
Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Dr. Klaus W. Lippold, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

An den Stadtverordnetenvorsteher
der Stadt Offenbach
Herrn Manfred Wirsing
63061 Offenbach

Büro Berlin
☎ (030) 227 - 77 045
m (030) 227 - 76 241
🌐 www.lippold-mdb.de
klaus.lippold@bundestag.de

Büro Frankfurt
☎ (069) 95 808 221
m (069) 95 808 225
klippold@vhu.de

Büro Offenbach/Land
☎ (06074) 91 89 80
S (06074) 9 18 98 20

Büro Offenbach/Stadt
☎ (069) 81 15 34
S (069) 8 00 46 67

Berlin, 27.01.06

Sehr geehrter Herr Wirsing,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 19.01.06 und die Übermittlung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung Offenbach am Main.

Union und SPD sind sich darin einig, dass die Kommunalfinanzen auf einer soliden Basis stehen müssen. Dabei ist klar, dass der enorme Konsolidierungsbedarf nicht kurzfristig zu bewältigen ist. Schließlich befinden sich die öffentlichen Haushalte in einer außerordentlich ernsten Lage. Die laufenden Ausgaben liegen zum Teil dramatisch über den regelmäßig fließenden Einnahmen. Neben einer Vereinfachung der Grundsteuer, ist das strukturelle Ziel der Großen Koalition eine wirtschaftskraftbezogene kommunale Unternehmens-Besteuerung mit eigenem Hebesatzrecht. Diese muss administrativ handhabbar sein, den Kommunen insgesamt ein stetiges Aufkommen sichern, die interkommunale Gerechtigkeit wahren und keine Verschiebung der Finanzierung zu Lasten der Arbeitnehmer beinhalten. Grundsätzlich gilt, dass die Gewerbesteuer nur ersetzt wird, wenn für eine Alternative hinreichend genaue Kenntnisse über die Verteilungsfolgen vorliegen. Bis zum Herbst 2006 wird die Bundesregierung die Eckpunkte einer Gemeindefinanzreform vorlegen. Ziel ist es, diese Reform zum 1. Januar 2008 in Kraft treten zu lassen.

Die Koalitionspartner vereinbarten außerdem, die durch das Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (KICK) geänderten Bestimmungen des SGB VIII nach Ablauf des Jahres 2006 zeitnah zu evaluieren und, wo dies nötig ist, erneute Anpassungen vorzunehmen. Konkret geht es um die Vermeidung von Fehlsteuerungen. In diesem Zusammenhang wird die Weiterentwicklung des SGB VIII, insbesondere in den kostenintensiven Regelungsbereichen, einer gründlichen Prüfung unterzogen.



Bereits im Laufe des kommenden Jahres wird eine der zentralen Erwartungen der Kommunen an die neue Bundesregierung voll und ganz erfüllt. Gemeinsam packen Union und SPD die längst überfällige Föderalismusreform an und unterbinden den direkten Bundesdurchgriff auf die kommunale Ebene. Dem Bund wird es damit künftig verwehrt sein, neue Aufgaben - unter Umgehung der Länder - unmittelbar auf die Kommunen zu übertragen.

Besondere Anerkennung seitens der kommunalen Spitzenverbände erfährt die von der Großen Koalition für das Jahr 2006 vereinbarte Föderalismusreform (Koalitionsvertrag, Anlage 2, S. 5). Damit wird ein wichtiger und längst überfälliger ordnungspolitischer Meilenstein für die Städte, Gemeinden und Landkreise in Deutschland gesetzt. So wird künftig eine direkte Aufgabenzuweisung an die Kommunen in Bundesgesetzen sowohl bei der Landesverwaltung der Bundesgesetze als auch bei der Bundesauftragsverwaltung ausgeschlossen. Auch Kostenfolgen für die Kommunen, die nicht über die Konnexitätsprinzipien der Landesverfassungen geregelt werden, sind damit ausgeschlossen.

Die Kommunen sind damit der eigentliche Gewinner, wenn der großen Koalition im Rahmen der verabredeten Föderalismusreform die Durchsetzung des Grundsatzes „wer bestellt - bezahlt“ gelingt. Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass die neue unionsgeführte Bundesregierung bereits in den ersten Monaten ihre kommunalfreundliche Politik unter Beweis gestellt hat. So fordert der Bund im Rahmen des Revisionsverfahrens zu Hartz IV für das Jahr 2005 keine Rückzahlungen mehr und stellt sicher, dass die Beteiligung des Bundes an den Unterbringungskosten der Arbeitslosengeld II-Empfänger mit 29,1 Prozent auch im Jahr 2006 in vollem Umfang erhalten bleibt. Eine rückwirkende Absenkung, wie in dem ursprünglichen Gesetzentwurf der rot-grünen Bundesregierung vorgesehen (Oktober 2005), hätte sich mit rund 3 Mrd. Euro 1:1 auf die kommunalen Haushaltsdefizite ausgewirkt.

Mit freundlichen Grüßen aus Berlin


Dr. Klaus Lippold, MdB



Uta Zapf

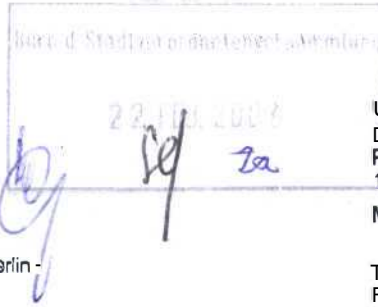
Mitglied des Deutschen Bundestages

Uta Zapf Dt. Bundestag Platz der Republik 1 11011 Berlin -

An den
Stadtverordnetenvorsteher
der Stadt Offenbach am Main
Herrn Wirsing

63061 Offenbach

per FAX: 069-80653471



Uta Zapf, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

MitarbeiterInnen: Antje Schwarzer
Heimut Hugler

Tel: (030) 227 -74 973
Fax: (030) 227 -76 716
Email: Uta.Zapf@bundestag.de

Wahlkreisbüro:
Herrnstraße 14
63065 Offenbach

Mitarbeiterin: Jutta Lortz

Tel. (069) 81 48 84
FAX: (069) 81 96 05
Email: Uta.Zapf@wk.bundestag.de

Berlin, 21.02.2006

**Umsetzung einer umfassenden Gemeindefinanzreform
Ihr Schreiben vom 19.01.2006**

Sehr geehrter Herr Wirsing,

in Ihrem Schreiben vom 19.01.2006 fordern Sie eine zügige Umsetzung der Gemeindefinanzreform vom Deutschen Bundestag ein.

Ich teile voll und ganz Ihre Meinung, dass eine Regelung hier dringend notwendig ist. In der Fraktionssitzung der letzten Sitzungswoche wurde von den Ministerien und der Fraktionspitze auch zugesagt, dass die Gemeindefinanzreform jetzt zügig angegangen wird.

Bereits im März wird ja die Föderalismusreform in den Gremien und im Plenum diskutiert werden. Im Rahmen dieser Debatten wird auch das von Ihnen eingeforderte Konnexitätsprinzip verhandelt werden.

Zugleich wird aber auch deutlich werden, dass im Rahmen der neuen Kompetenzaufteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen die Bundes(mit)finanzierung kommunaler Aufgaben weiter beschnitten werden wird.

Mit freundlichen Grüßen

M. Lortz